lokale Agenda 21

Aktionsprogramm

Kleinmachnow schützt das Klima

Eine gemeinsame Initiative der

Gemeinde Kleinmachnow

und der

Lokalen Agenda (AG „Energie und Klimaschutz“)

Die Erderwärmung als Folge des Treibhauseffektes ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der Klimawandel und seine Auswirkungen sind alarmierend. Klimawandel ist vor allem eine Folge des durch Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Erdgas und Erdöl entstandenen Treibhausgases in der Erdatmosphäre.

Um die immer weiter wachsenden Gefährdungen aufzuhalten, wurden vor allem in den letzten 10 bis 15 Jahren weltweit Klimaschutzprogramme auf den Weg gebracht, die darauf abzielen, den Energieverbrauch zu verringern und die aus fossilen Brennstoffen gewonnene Energie durch Energie aus erneuerbaren Quellen zu ersetzen.

Die Bundesregierung hat sich dazu verpflichtet, bis 2020 den Energieverbrauch in Deutschland gegenüber 1990 um 40 Prozent zu verringern und den Anteil erneuerbarer Energien auf 20 Prozent zu erhöhen. Zugleich ruft sie die Kommunen dazu auf, sich an diesem anspruchsvollen Klimaschutzprogramm zu beteiligen.

Die Gemeinde Kleinmachnow hat in den vergangenen Jahren bereits Maßnahmen getroffen, um ihren Energieverbrauch und damit die CO_2-Emissionen zu verringern.

Sie ist mit diesem Ziel als eine von sechs Kommunen Brandenburgs dem Klima-Bündnis Europäischer Städte beigetreten. Die bisher erreichten Einsparungen reichen jedoch nicht aus, um die anspruchsvollen Klimaschutzziele zu erreichen, aber auch nicht, um die deutlich gestiegenen Energiepreise zu verringern und die Haushaltskasse zu entlasten.

Die Lokale Agenda Kleinmachnows und die Gemeinde sind übereingekommen, sich im Rahmen eines langfristig und übergreifend angelegten Aktionsprogramms gemeinsam dieser Aufgabe zu stellen. Dabei kommt es vor allem darauf an, Energie einzusparen, diese effizient zu verwenden und sie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen.

Eine Kommune hat viele unterschiedliche Möglichkeiten und Instrumente, um diese Ziele zu erreichen, doch können sie nur nach und nach umgesetzt werden. Mit den folgenden Startmaßnahmen sollen die ersten Schritte auf diesem Weg eingeschlagen werden.

***

Die AG Klimaschutz der Lokalen Agenda Kleinmnachnow stellt vor:

Startmaßnahmen des Kleinmachnower Klimaschutzprogramms

1. Die Gemeinde wird die Initiative für eine Solaranlage auf dem Dach des Rathauses übernehmen bzw. sich an einer solchen Anlage beteiligen.

2. Die Gemeinde wird Interessenten Einrichtungen ihrer Zuständigkeit anbieten, auf denen weitere Solaranlagen errichtet werden können.

3. Die Gemeinde wird die Möglichkeit der Errichtung einer Anlage mit Kraft-Wärme-Kopplung zur Energieversorgung eines zur Sanierung anstehenden Quartiers untersuchen lassen.

4. Die Gemeinde strebt an, in kommunalen Liegenschaften die Energieversorgung auf den Bezug von Ökostrom umzustellen.

5. Die Gemeinde wird in ihren kommunalen Liegenschaften ein Energiemanagement zum effizienten Umgang mit Energie einführen. Für diese Aufgabe müssen die Beschäftigten der Einrichtungen sensibilisiert werden. Als Teil dieser Aufgabe erhalten die Hausmeister ergänzend z.B. eine Dienstanweisung Energie.

6. Die Gemeinde überprüft die Straßenbeleuchtung auf Effizienz und Einsparmöglichkeiten. Es sollte ein gefördertes Pilotprojekt mit Einsatz von LED-Leuchten angestrebt werden. Zu klären wäre auch, ob sich in hellen Bereichen (z.B. in Sommerzeiten) oder auch insgesamt bei jeder zweiten Leuchte der Betrieb einsparen ließe.

7. Die Gemeinde erarbeitet eine neue klimafreundliche Verkehrsentwicklungsplanung mit dem Ziel einer Verminderung der verkehrsbedingten CO_2-Emissionen.

8. Die Gemeinde erarbeitet sich eine CO_2- Bilanz.

9. Die Gemeinde wird auf der Basis des vorgelegten Energieberichtes für Kindertagesstätten und Horte in Zusammenarbeit mit der gewog mit der energetischen Sanierung beginnen. Die Mittel für diese Maßnahme sind bereits in den Haushalt eingestellt. Dabei sollte auch die Möglichkeit des Energiespar-Contracting untersucht werden. Für diese Aufgabe kann auch das Bundesprogramm „Förderung der energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen" genutzt werden. Angestrebt werden sollte auch die Einrichtung einer Konsultations-KITA „Energie und Umwelt" mit den Erfahrungen des Bildungsministeriums.

10. Um den Erwerb von umweltfreundlichen Elektromobilen zu motivieren, wird die Gemeinde ihren Fuhrpark schrittweise auf Elektromobile umstellen und am Rathaus eine Stromtankstelle errichten. Die Tankstelle könnte zunächst auch der Öffentlichkeit angeboten werden.

11. Energiesparen entwickelt sich immer mehr zu einem Verkaufsargument. Die Gemeinde wird sich deshalb in eigenen Räumen um die Einrichtung eines temporären Büros bemühen, in dem Bauträger und Bauherren durch Experten intensiv über ökologische Bauweisen beraten werden können („Bauherrenabende"). Zur Unterstützung der Bauherren soll eine Bauherrenfibel erarbeitet werden. Die Gemeinde wird auch prüfen, ob baurechtliche Instrumente es erlauben, Auflagen zum Klimaschutz zu erteilen.

12. Die Gemeinde wird Schulprojekte für den Klimaschutz initiieren, um die Schulkinder an die Aufgabe Klimaschutz heranzuführen. Das Umweltbundesamt bietet hierzu anwenderfreundliche Arbeitsmaterialien an.

13. Die Gemeinde wird sich zur Unterstützung ihrer Vorhaben des Klimaschutzes mit Blick auf Synergieeffekte um eine Vernetzung mit anderen Kommunen bemühen.

14. Die Gemeinde sollte sich beim Landratsamt um eine Anlage zur energetischen Verwertung von Grünabfällen einsetzen, um die horrende Kosten- und Energieverschwendung für den Transport der Abfälle in die Anlage des Landkreises zu überwinden und ihren Bürgern die heute erheblichen Entsorgungskosten abnehmen.

15. Die Aufmerksamkeit der Bürger und die Motivation zur persönlichen Mitwirkung werden maßgeblich durch die Qualität der Öffentlichkeitsarbeit bestimmt. Die Information der Öffentlichkeit über die aktuelle Situation im Klimaschutz der Gemeinde, die Dringlichkeit einer gemeindlichen Mitwirkung und die gesetzten Klimaschutzziele müssen sofort in den Mittelpunkt gerückt werden. Eine Veranstaltung des Bürgermeisters mit hochrangiger Beteiligung und einer Ausstellung zum Klimaschutz ist zu empfehlen. Am Beispiel anderer Kommunen sollte dazu im Herbst eine Klimakonferenz mit Beteiligung bekannter Persönlichkeiten stattfinden.

16. Die Gemeinde wird sich als ein Fernziel ihrer Klimaschutzbemühungen zu gegebener Zeit um den Titel „Solarkummune" bewerben.

17. Die Gemeinde wird unverzüglich die gemäß Energie-Einspar-Verordnung 2007 geforderten Energieausweise für betroffene öffentliche Gebäude ausstellen.